

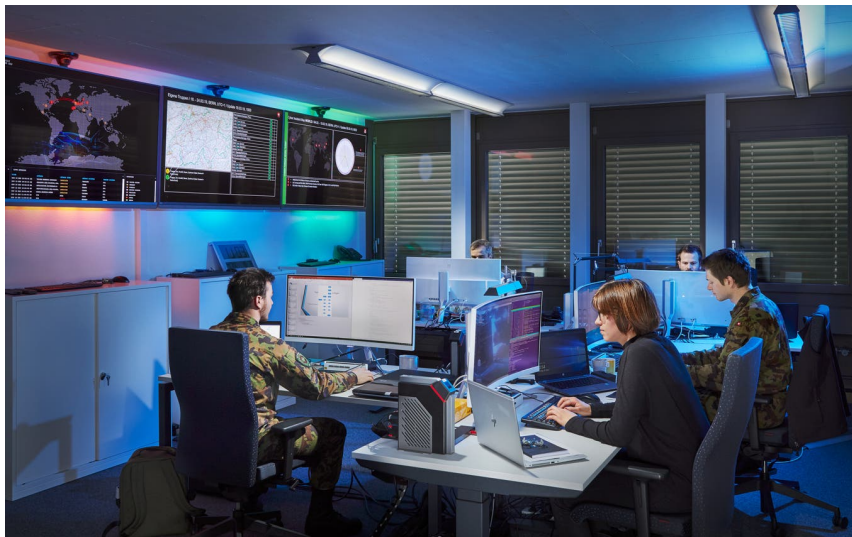
Cybersicherheit: Prüfer finden Mängel in Amherds Departement

Ein interner Bericht führt zu einer Neuorganisation der Informationssysteme im Verteidigungsdepartement.

Andreas Schmid

08.02.2020, 21.45 Uhr

Drucken Teilen



Jonas Kambli / Vbs

Im Sicherheitszentrum der Armee analysieren Spezialisten die Gefahr von Cyberangriffen auf Schweizer Einrichtungen. (2. Mai 2019)

Ein Bericht der internen Revision des Verteidigungsdepartements (VBS) lässt aufhorchen: Die Inspektoren prüften die Informationssicherheit und kamen zum Schluss, «dass eine systematische Erfassung der relevanten Risiken auf Stufe Departement kaum stattfindet». Eine Übersicht über die Gefahren für die Informatiksicherheit sei nicht gegeben.

Darunter fallen beispielsweise die Abwehr von Cyberangriffen, aber auch der Schutz von nicht-digitalen Systemen, etwa von Papierarchiven oder von geheimen Einrichtungen.

Laut den Prüfern ist der Zweck eines zentralen Dachs im Departement unklar, und es fehlt ein gemeinsames Verständnis dafür. Die einzelnen Ämter sorgten zwar in ihrem Teilbereich für die Informationssicherheit, heisst es im kürzlich im Internet publizierten Bericht, doch am Nutzen des übergeordneten Systems, des zentralen Dachs im Departement, bestünden verbreitet Zweifel.

Dieses Fazit veranlasste Verteidigungsministerin Viola Amherd (cvp.) in der Folge, das gemeinsame Dach – es war erst 2017 eingeführt worden – «in seiner heutigen Form» aufzugeben, wie sie im Dezember in der «Umsetzung der Empfehlungen aus dem Prüfbericht» festhielt. Resultat der Neuorganisation müsse sein, die Verantwortung für die Informationssicherheit «konsequent an die Ämter zu übergeben».

Unbekannte Risiken

Die Erkenntnisse des Prüfberichts lassen den Sicherheitsexperten Reto Fanger stutzen. Er ist Rechtsanwalt und Partner der Firma Swiss Business Protection, die Unternehmen vor Cyberangriffen und Industriespionage schützt.

«Wenn die zentrale Schnittstelle nicht funktioniert, kennt die Departementsleitung die Risiken nicht», sagt Fanger. Offensichtlich gebe es keinen Austausch, so dass die drohenden Gefahren kaum erkannt werden könnten.

Dass die VBS-Chefin auf eine Dezentralisierung der Informationssicherheit setze, erstaune ihn deshalb. «Die schon lange bestehenden Mängel, die im Prüfbericht genannt werden, sind nur unter einem Dach zu beheben», ist Fanger überzeugt. Dafür brauche es klare Vorgaben von oben.

«Die Bürgerlichen sollten sich fragen, ob sie die Prioritäten richtig setzen, wenn sie milliardenteure Kampfjets wollen, aber wegen einiger Stellen jahrelange Verzögerungen in der Cyberabwehr in Kauf nehmen.»

VBS-Sprecherin Carolina Bohren betont, im Generalsekretariat werde ein neues Dach geschaffen. Die dezentralen Vorkehrungen für den Informationsschutz würden zudem regelmässig überprüft und seien wirksam. Einige Ämter im VBS seien sogar zertifiziert. «Die Sicherheit konnte gestärkt werden und ist gut», sagt Bohren. Sie verweist darauf, dass es im letzten Jahr keinen nennenswerten Vorfall gegeben habe.

Seit einer Hackerattacke auf den bundeseigenen Rüstungskonzern Ruag, bei dem unbekannte Angreifer zwischen 2014 und 2016 über Informatikchnittstellen auch aus dem VBS Daten entwendeten, hat der Bund die Cyberabwehr intensiviert.

Vieles blieb aber bisher Stückwerk; auch weil der Nationalrat 2018 nicht auf ein Informationssicherheitsgesetz eingetreten war und dieses verzögert hatte. Die bürgerliche Mehrheit hatte unter anderem zusätzliche Stellen für die Cyberabwehr abgelehnt.

Wegen der fehlenden Gesetzesgrundlage konnte das VBS auch einen der Mängel in der Informationssicherheit bis jetzt nicht beheben. Dies jedenfalls hält die interne Revision in ihrem Prüfbericht fest. Das gebe ihr zu denken, sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf.

«Die Bürgerlichen sollten sich fragen, ob sie die Prioritäten richtig setzen, wenn sie milliardenteure Kampffjets wollen, aber wegen einiger Stellen jahrelange Verzögerungen in der Cyberabwehr in Kauf nehmen.» Bundesrätin Amherd müsse nun durchgreifen, damit die Informationssicherheit im VBS spürbar verbessert werde. «Cyberschutz ist gerade im VBS von höchster Wichtigkeit», hält die Sicherheitspolitikerin fest.

Unbezifferter Abschreiber

Diese Erkenntnis ist für Verteidigungsministerin Amherd nicht neu. Schon seit ihrem Amtsantritt vor einem Jahr betont sie, wie wichtig es sei, sich für technologisch geführte Attacken zu rüsten. In einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen sprach Amherd kürzlich sogar von Überlegungen, eine Cyber-Interventionstruppe ins Leben zu rufen. Diese würde Betreibern kritischer Infrastrukturen und Privatfirmen bei der Abwehr von Cyber-Attacken Hilfe leisten.

Auf der anderen Seite sorgte Amherd Anfang Jahr aber auch für Schlagzeilen, weil sie im Fernsehen bekannte, bisher noch nie ihr abhörsicheres Handy benutzt und wie vor ihrer Zeit als Bundesrätin ihr «ganz normales» iPhone verwendet zu haben. Das VBS stellte darauf klar, die Chefin bespreche Vertrauliches nicht am Telefon, sondern in Sitzungen und bilateralen Treffen.

Mit der Neustrukturierung des Dachs für die Informationssicherheit nach nur zwei Jahren schreibt das VBS auch Geld ab. Laut Sprecherin Carolina Bohren aber nur einen geringen Teil der 7,7 Millionen Franken, die das Gesamtprojekt gekostet hatte. Der Betrag sei hauptsächlich in den Aufbau der acht dezentralen Schutzsysteme geflossen, die weiter genutzt würden.

Mehr zum Thema

Der Schweiz fehlen 40 000 Cyber-Spezialisten

Prominente Exponenten der Schweizer IT-Branche warnen: Privatpersonen, Firmen und Behörden verschlafen die Gefahr aus dem Internet.

Moritz Kaufmann

Nur für Sie

Ja, sie wollen! Ein Tag im betriebsamsten Standesamt der Welt

Catharina Steiner

Das Coronavirus legt Brüche im Kontrollstaat China frei

Michael Radunski und Ning Wang

Guy Parmelin zwisch Bank

Stefan Bühler, Daniel Friedli

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.